

Die Unterschiede der Politik des kolumbianischen Präsidenten Santos zu der seines Vorgängers Uribe sind zur Zeit Gegenstand der Diskussion in Kolumbien. Im Wochenmagazin SEMANA erscheint dazu am 5.6.11 ein Kommentar von León Valencia:

Die Nostalgiker der FARC

Was ist der Unterschied zwischen Alvaro Uribe und Juan Manuel Santos bezüglich der FARC? Ich stellte mir diese Frage, als ich ein weiteres Mal die letzten Äußerungen des Expräsidenten und die Artikel und Erklärungen seiner entschiedensten Anhänger analysierte.

Ich war sehr unsicher über die Welle der Kritik, die die Anhänger Uribes seit einigen Wochen lancierten. Ich wollte verstehen, was sie so stört. Ich wollte wissen, warum sie sagten, Santos habe den frontalen Kampf gegen den Terrorismus vergessen habe und einer Politik der „Friedfertigkeit“ anhängen.

Ich sah keine Unterschiede in den Aktionen: Santos fuhr fort, der Guerrilla Schläge zu versetzen, in einigen Fällen effizienter als Uribe selbst. Auch in den Verlautbarungen nahm ich keine großen Differenzen wahr. Zutreffend ist, dass das neue Staatsoberhaupt begann, vom Frieden zu sprechen, aber er lehnte zugleich einen humanitären Gefangenaustausch ab und stellte harte Bedingungen für eventuelle Verhandlungen mit den Insurgenten.

Ich musste einen Blick werfen auf die langfristige Perspektive, um mir darüber klar zu werden, dass der Unterschied zwischen den beiden Politikern in dem Stellenwert liegt, den die FARC in ihrer politischen Agenda einnimmt. Für Uribe war das zentrale Anliegen Kampf oder Annäherung, für Santos ist das ein zweitrangiges Thema. Er setzt an erste Stelle die wirtschaftliche Belebung und soziale Reformen.

Auf den ersten Blick dürften diese Unterschiede keine große Distanz schaffen. Es geht nur um unterschiedliche Prioritäten. Aber in Wirklichkeit bewirkt die unterschiedliche Art und Weise der Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Konflikt doch sehr verschiedene Einfärbungen der beiden Regierungen. Das Land atmet eine andere Luft.

Es ist ein Paradox. Uribe erreichte es, die Zerstörung der Guerrilla zum nationalen Ziel zu machen, erlaubte es damit aber zugleich, dass die FARC ihm die interne und die externe Agenda wegnahm. Die gesamte interne Aktivität war dem Kampf gegen die Bedrohung durch die Guerrilla untergeordnet und jeder Schritt in der internationalen Politik war daran ausgerichtet, Unterstützung in diesem Anliegen zu erhalten oder sich mit denjenigen auseinanderzusetzen, die diese Hilfe nicht leisten wollten. Nie zuvor war die Guerrilla so sichtbar.....

Uribe war in diesem Sinne vielleicht während der acht Jahre seiner Regierung eine Geisel der FARC.

Santos bewies Erleuchtung- und dabei kamen ihm auch die Schläge zugute, die Uribe zuvor der Guerrilla versetzt hatte- und entschied, den Konflikt auf den zweiten Platz zurückzustufen. Es ist eine wahrhaftige Ironie: Er erkennt den Konflikt, misst ihm aber weniger Bedeutung bei. Uribe verneint ihn, hebt ihn aber als wichtig hervor.

Und mehr noch. Santos, der es ablehnt, seine Regierung durch ständige Kriegserklärungen oder Friedensaufrufe abzunutzen, hat sich zum Fahnenträger von Anliegen gemacht wie der Entschädigung der Opfer, der Rückübereignung von Landbesitz, der Reform des Arbeitsrechts und der Bekämpfung der Korruption. Es ist eine indirekte Form, von Versöhnung zu sprechen.

Was Santos ebenfalls ausdrückt ist auch sehr verschieden von dem, was Andrés Pastrana unternahm, der alles auf die Friedensverhandlungen setzte. Der derzeitige Mandatsträger setzt die militärischen Anstrengungen fort, schafft ein paar Voraussetzungen für Gespräche und

wartet ab..... Er wartet darauf, dass die Guerrilla irgendwann eine wirkliche Karte der Verhandlungen ausspielt und damit ihren ernsthaften Wunsch zur Beendigung des bewaffneten Konflikts zeigt.

Wir wissen nicht, ob dieser neue Weg uns zum Ausgleich führen wird. Es ist notwendig, die angekündigten Reformen in die Praxis umzusetzen, damit sie nicht bloße Worte bleiben. Es ist auch so, dass die Guerrilla zur Vernunft kommen sollte und versteht, dass in Lateinamerika der Spielraum für den bewaffneten Kampf geschwunden ist. Klar ist aber, dass die Guerrilla nicht erneut sich der Agenda des Landes bemächtigen kann.

Der Expräsident und seine Parteigänger werden begreifen müssen, die Nostalgie zu überwinden und dazu zu kommen, dass die FARC nicht das Zentrum der nationalen Debatte ist. Sie müssen lernen, dass Appeasement oder die missbräuchliche Übersteigerung des Krieges nicht die einzigen Alternativen sind, sich mit dem bewaffneten Konflikt auseinanderzusetzen.